



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 1. Juni 2004 (07.06)

10009/04

LIMITE

**JAI 184
ECOFIN 201
TRANS 217
RELEX 223
ECO 111
PESC 423
COTER 34
COSDP 288**

VERMERK

des	Vorsitzes
für den	AStV/Rat
<u>Betr.:</u>	Bericht an den Europäischen Rat über die Umsetzung der Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus

[PM - DER BERICHTSENTWURF WIRD ANHAND DER ERGEBNISSE DER JUNI-TAGUNGEN DES RATES "JUSTIZ UND INNERES" UND DES RATES "ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN" SOWIE ANDERER EINSCHLÄGIGER ENTWICKLUNGEN ÜBERARBEITET]

1. Einleitung

In der vom Europäischen Rat am 25. März angenommenen Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus wurde der Rat beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär/Hohen Vertreter Solana und der Kommission auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates einen detaillierten Bericht über den Stand der Umsetzung der in der Erklärung vorgesehenen Maßnahmen vorzulegen.

Zu diesem Zweck ist dieser Bericht erstellt worden. In ihm wird die Reihenfolge eingehalten, in der die einzelnen Punkte in der Erklärung vom 25. März behandelt wurden. Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf den Maßnahmen, bei denen der Europäische Rat bis Juni Fortschritte wünschte.

Andere Maßnahmen, für deren Verwirklichung eine Frist über Juni hinaus vorgesehen ist bzw. die zurzeit durchgeführt werden, sind Gegenstand des überarbeiteten Aktionsplans (Dok. 10010/04), der parallel erstellt wird und in Verbindung mit diesem Bericht zu lesen ist.

2. Solidaritätsklausel

Das Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz kann genutzt werden, um Katastrophenschutzmaßnahmen nach einem Terroranschlag zu unterstützen und zu erleichtern.

3. Europäische Sicherheitsstrategie

Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie wurde der strategische Rahmen für die Bekämpfung des Terrorismus geschaffen, wobei der Terrorismus als ein weltweites Phänomen identifiziert wurde, das eine Bedrohung für ganz Europa darstellt. Unter irischem Vorsitz wurden in diesem Rahmen Maßnahmen ergriffen. Seit den Terroranschlägen vom 11. März 2004 in Madrid wurde der Schwerpunkt vor allem auf die internen Aspekte der Terrorismusbekämpfung gelegt, wobei der externen Dimension jedoch ebenso Bedeutung zukommt. Zusätzlich zu den erheblichen Fortschritten, die in den drei Monaten seit der Annahme der Erklärung gemacht wurden, werden auch konkrete Vorschläge für weitere Maßnahmen vorgelegt.

- Bei der Entwicklung einer langfristigen EU-Strategie zur Untersuchung der zum Terrorismus beitragenden Faktoren ist in einem ersten Schritt eine säulenübergreifende Studie über das Anwachsen terroristischer Kreise ausgearbeitet worden, in der die wesentlichen Faktoren ermittelt werden, die zu einer Radikalisierung, zur Unterstützung terroristischer Vereinigungen und zum Einstieg in terroristische Kreise beitragen können. In dem Bericht werden Prioritäten für die laufenden Maßnahmen ausgewiesen, darunter spezifische Initiativen zur Vertiefung des internationalen Konsenses über die Bekämpfung des Terrorismus, Kontakte zu islamischen Ländern, um sie bei ihren Anstrengungen zur Eindämmung von Extremismus und zur Ausweitung von Bildungsmöglichkeiten zu unterstützen, und Durchführung umfassender Studien über die Rekrutierung für den Terrorismus in einem spezifischen Umfeld wie z.B. in Gefängnissen, Schulen, Universitäten oder Moscheen.

- Die Arbeiten in diesen Bereichen, die die Grundlage für die langfristige Strategie sind, werden unter niederländischem Vorsitz fortgesetzt.
- Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) billigte im Mai einen Bericht des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees über Modalitäten, Verfahren und Kriterien, die anzuwenden sind, damit für das Katastrophenschutzverfahren der Gemeinschaft der Inhalt der Datenbank zur Verfügung gestellt wird, in der die militärischen Mittel und Fähigkeiten erfasst sind, die dem Schutz der Zivilbevölkerung vor den Folgen von Terroranschlägen, einschließlich CBRN-Anschlägen, dienen; an der Umsetzung dieser Modalitäten arbeiten zurzeit die zuständigen Gremien.
- Im Rahmen der Umsetzung des Dokuments mit dem Titel "Planziel 2010" wird 2004 eine Reihe von Szenarien betreffend die Terrorismusbedrohung ausgearbeitet und zum Abschluss gebracht.

Mit der Initiative EU-FAST sollen die bestehenden Fähigkeiten zur Milderung der Folgen von Terroranschlägen für die Zivilbevölkerung ausgebaut werden.

4. Unterstützung der Opfer

Der Rat (Justiz und Inneres) hat auf seiner Tagung vom 29. April die Richtlinie des Rates zur Entschädigung der Opfer von Straftaten angenommen, nachdem er sich auf seiner Tagung vom 30. März auf eine allgemeine Ausrichtung geeinigt hatte.

Die Kommission wird einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für Pilotprojekte zur Unterstützung der Opfer von Terrorismus, einschließlich Maßnahmen zur Begehung des ersten "Opfer-von Terrorismus"-Tages, veröffentlichen.

5. Ausbau der bestehenden Zusammenarbeit

In der Erklärung wird dazu aufgerufen, Fortschritte bei den gesetzgeberischen Maßnahmen zu erzielen, was sowohl durch die Umsetzung einer Reihe bestehender Rechtsakte auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch durch die Annahme bestimmter anderer Rechtsakte erfolgen kann.

a) Gesetzgeberische Maßnahmen

- Bei der Umsetzung einer Reihe von Rechtsakten auf Ebene der Mitgliedstaaten innerhalb bestimmter Fristen werden weiterhin Fortschritte gemacht. Der Sachstand der bis Ende Juni durchzuführenden Maßnahmen wird in Anlage 1 dargelegt. Dieser Sachstand soll bis zu diesem Datum weiter verbessert werden.
- Der Rahmenbeschluss über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten und der Rahmenbeschluss über Angriffe auf Informationssysteme hätten bis Juni 2004 angenommen werden müssen. Zu beiden Rechtsakten bestehen noch Parlamentsvorbehalte.
- Die Verhandlungen über den Rahmenbeschluss über die gegenseitige Anerkennung von Einziehungsentscheidungen wurden wunschgemäß abgeschlossen, nachdem auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 29. April Übereinstimmung über die noch offenen inhaltlichen Fragen erzielt wurde.
- Neue gesetzgeberische Vorschläge wurden zu den zwei in der Erklärung genannten vorrangigen Bereichen vorgelegt, bei denen gemäß dem Wunsch des Europäischen Rates die Verhandlungen bis Juni 2005 zum Abschluss gebracht werden sollen. Im April haben das Vereinigte Königreich, Frankreich, Schweden und Irland einen Rahmenbeschluss über die Aufbewahrung von Verkehrsdaten vorgelegt. Die Mitteilung der Kommission vom 5. April über Maßnahmen, die zur Bekämpfung des Terrorismus zu treffen sind, umfasst einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit bei terroristischen Straftaten. Ferner sind in der Mitteilung zusätzliche Vorschläge für die weitere Umsetzung der Erklärung enthalten.

b) Ausbau der operativen Zusammenarbeit

Bei einigen in der Erklärung genannten Bereichen zum Ausbau der operativen Zusammenarbeit wurden erhebliche Fortschritte erzielt.

- Europol hat die Task Force "Terrorismusbekämpfung" wieder eingesetzt und baut seine Kapazitäten auf diesem Gebiet im Allgemeinen aus;
- die Task Force der Polizeichefs hat gemäß dem Ersuchen des Europäischen Rates einen Bericht über die Terroranschläge in Madrid ausgearbeitet und die Prüfung der Frage, wie ihre operativen Kapazitäten ausgebaut werden können, zum Abschluss gebracht; dieser Bericht wird zurzeit vom Rat geprüft;
- die Vereinbarung zwischen Europol und Eurojust wurde vom Rat (Justiz und Inneres) auf seiner Tagung vom 29. April angenommen;
- auf der Grundlage eines Berichts des Ratssekretariats vom 8. März und eines vom Koordinator für die Terrorismusbekämpfung vorgelegten Dokuments zu den weiteren Möglichkeiten wurden Entscheidungen über den Ausbau der Koordinierung zwischen den für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Ratsstrukturen getroffen.

c) Erhöhung der Wirksamkeit von Informationssystemen

- Die Verordnung des Rates über die Einführung neuer Funktionen für das Schengener Informationssystem, einschließlich der Bekämpfung des Terrorismus, wurde vom Rat (Justiz und Inneres) auf seiner Tagung vom 29. April angenommen;
- die Schlussfolgerungen des Rates über den Standort, die Verwaltung und die Finanzierung des SIS II wurden vom Rat (Justiz und Inneres) auf seiner Tagung vom 29. April angenommen.

6. Verstärkung der Grenzkontrollen und Verbesserung der Dokumentensicherheit

Auch bei den im Zusammenhang mit der Verstärkung der Grenzkontrollen usw. ermittelten Maßnahmen wurden Fortschritte erzielt.

- auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 30. März wurde eine politische Einigung über einen Entwurf einer Verordnung zur Schaffung einer Europäischen Grenzschutzagentur erzielt;
- die Richtlinie des Rates über die Verpflichtung von Beförderungsunternehmen, Angaben über die beförderten Personen zu übermitteln, wurde auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 29. April angenommen;
- die Strategie für die Zusammenarbeit im Zollwesen im Rahmen der dritten Säule 2004-2006 und der dazugehörige Arbeitsplan wurden auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 30. März angenommen.

7. Leitlinien der EU für einen gemeinsamen Ansatz zur Terrorismusbekämpfung

Die angenommenen Leitlinien sind nunmehr Teil der EU-Politik zur Terrorismusbekämpfung.

8. Strategische Ziele für einen überarbeiteten EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus

Entsprechend den vom Europäischen Rat im März gebilligten strategischen Zielen ist ein überarbeiteter Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus erstellt worden.

Der Aktionsplan ist in Ratsdokument 10010/04 enthalten.

In dem Aktionsplan, dem der Aktionsplan des Jahres 2001 zugrunde liegt, wird die EU-Strategie zur Bekämpfung der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus dargelegt; er enthält Vorgaben für die künftigen Beratungen für die Umsetzung der Erklärung des Europäischen Rates. Der Aktionsplan ist so ausgearbeitet worden, dass er auch als Fahrplan für diese künftigen Beratungen dienen kann, und enthält, soweit angebracht, zeitliche Vorgaben für die Erreichung spezieller Ziele und/oder die Erzielung von Fortschritten in Bezug auf konkrete Maßnahmen.

Der Aktionsplan soll vom Rat und vom Generalsekretär/Hohen Vertreter Solana regelmäßig aktualisiert werden, damit zu jedem Zeitpunkt eindeutig erkennbar ist, wie jeweils in Bezug auf einzelne Maßnahmen vorgegangen werden muss.

9. Gemeinsame Nutzung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse

Der Generalsekretär/Hohe Vertreter wurde beauftragt, über den Aufbau einer nachrichtendienstlichen Kapazität im Generalsekretariat des Rates (Gemeinsames Lagezentrum) Bericht zu erstatten, die sich auf alle Aspekte der terroristischen Bedrohung bezieht.

[Z.E.: Wichtigste Empfehlungen des Solana-Papiers]

Der Rat wird nunmehr den Generalsekretär/Hohen Vertreter Solana ersuchen, baldmöglichst entsprechende Vorkehrungen zu treffen, dieser Frage ein fortdauerndes Augenmerk zu widmen und auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2004 über die bis dahin erzielten Fortschritte zu berichten.

10. Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus

Der Vorsitz hat Priorität auf die Arbeit zur Bestimmung von Maßnahmen gelegt, mit denen Wirksamkeit und Effizienz des Mechanismus für das Einfrieren der Vermögenswerte von Terroristen und terroristischen Vereinigungen erhöht werden können. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Wirksamkeit und Effizienz der Arbeitsmethoden der einschlägigen Gremien des Rates gebilligt. Des Weiteren ist auf Folgendes hinzuweisen:

- Der künftige Vorsitz wird der Identifizierung der Inhaber und wirklichen Begünstigten von Bankkonten unabhängig von ihrem Wohnort Vorrang einräumen.
- Die Bemühungen der EU, die Resolution 1373 des VN-Sicherheitsrats über das Einfrieren von Vermögenswerten umzusetzen, werden zügig fortgesetzt.
- In der Mitteilung der Kommission vom 22. April über die organisierte Kriminalität im Finanzsektor wurden Fragen der Transparenz und alternative Geldtransfersysteme behandelt. Die Kommission beabsichtigt, unter niederländischem Vorsitz eine Tagung des Europäischen Forums zur Verhütung organisierter Kriminalität abzuhalten. Auf diesem Forum sollen Verbesserungen in Bezug auf die Regulierung und die Transparenz bei juristischen Personen erörtert und die Frage geprüft werden, ob ein Rechtsakt der EU zur Regulierung des karitativen Sektors geschaffen werden kann und welchen Anwendungsbereich ein solcher Rechtsakt haben könnte.
- Mit den Euro-Med-Ländern ist ein Dialog über die Finanzierung des Terrorismus geführt worden. Dieses Thema wird auch auf der Tagesordnung des Gipfeltreffens EU-USA im Juni stehen, und zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr soll ein weiterer Ad-hoc-Dialog mit den Ländern des Golf-Kooperationsrates stattfinden.

11. Maßnahmen zum Schutz des Verkehrs und der Bevölkerung

Es wird daran gearbeitet, die Sicherheit aller Verkehrssysteme zu erhöhen, und im Aktionsplan sind diesbezüglich konkrete Vorschläge skizziert (Ratsdokument 10010/04).

- Am 22. März wurde eine Verordnung zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen angenommen und im Februar war ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Gefahrenabwehr in Häfen vorgelegt worden. Diesen Monat wird ein weiterer Vorschlag zur Änderung dieser Richtlinie erwartet, der darauf abzielt, diese Richtlinie in Bezug auf die Kontrolle von Fahrzeugen, die auf Passagierfähren geladen werden, zu konkretisieren.
- Parallel zu den Arbeiten an der Weiterentwicklung des Katastrophenschutzmechanismus der Gemeinschaft im Interesse des Schutzes der Zivilbevölkerung vor terroristischen Anschlägen [vgl. Nr. 3] wurde auch die Arbeit an der Durchführung des CBRN-Programms beschleunigt, und dies zwecks Verstärkung der Fähigkeit, die Auswirkungen terroristischer Anschläge auf die Zivilbevölkerung zu verringern.

12. Internationale Zusammenarbeit

Es wurden große Fortschritte bei der Unterstützung der entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen und der Stärkung der internationalen Solidarität bei der Terrorismusbekämpfung erzielt.

- Die Arbeiten wurden von der im Rahmen der zweiten Säule tätigen Gruppe eingeleitet, die eine offizielle Sitzung mit dem VN-Ausschuss für Terrorismusbekämpfung (Resolution 1373) abhielt und sich im Mai mit Vertretern des VN-Sanktionsausschusses (Resolution 1267) traf. Diese Kontakte werden fortgesetzt; dabei wird die Frage im Mittelpunkt stehen, wo die EU und die Vereinten Nationen in Bezug auf bestimmte Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen und Bereiche der gegenseitigen Unterstützung zusammenarbeiten können.
- Auch die Kommission und der Koordinator für die Terrorismusbekämpfung trafen sich im Mai mit den wichtigsten Ausschüssen des VN-Sicherheitsrates.

- Strategische Kriterien für Programme zur technischen Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung in Drittländern wurden im Juni zwischen der Kommission und der im Rahmen der zweiten Säule tätigen Gruppe vereinbart. Unter dem nächsten Vorsitz sollen nunmehr zehn Länder ermittelt werden, denen in Bezug auf entsprechende Maßnahmen Priorität eingeräumt werden soll.

13. Zusammenarbeit mit den USA und anderen Partnern

- Die im Rahmen der zweiten Säule tätige Gruppe hielt eine förmliche Troika-Sitzung mit den USA ab.
- Auch die Kommission und der Koordinator für die Terrorismusbekämpfung trafen sich im Mai mit maßgeblichen amerikanischen Beamten.
- Mit den USA ist auf hoher Ebene ein Dialog über Grundsatzfragen der Grenz- und Verkehrssicherheit eingeleitet worden, für den zwei Sitzungen im Jahr vorgesehen sind; die erste dieser Sitzungen fand am 26. April statt.
- Die Terrorismusbekämpfung wird auf dem Gipfeltreffen EU-USA am 25./26. Juni ein herausragendes Thema sein; es soll eine gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung abgegeben werden.

14. Koordinator für die Terrorismusbekämpfung

Der Koordinator für die Terrorismusbekämpfung hat sich tatkräftig für die Koordinierung der Arbeiten des Rates im Bereich der Terrorismusbekämpfung eingesetzt.

Er hat ein Programm für Besuche in den Mitgliedstaaten aufgestellt, bei denen er diese über Fragen im Zusammenhang mit seinem Mandat konsultieren und sich mit ihren Anliegen vertraut machen will. Er hat auch Kontakte zu maßgeblichen Entscheidungsträgern der Vereinigten Staaten sowie bei den Vereinten Nationen hergestellt. Er unterbreitete Vorschläge in Bezug auf die Arbeitsstrukturen des Rates sowie darauf, wie die Umsetzung der Rechtsvorschriften der EU besser kontrolliert werden kann, zusammen mit einem Zwischenbericht über zwei im Rat laufende Verfahren der gegenseitigen Begutachtung in Bezug auf den Kampf der Union gegen den Terrorismus.

Der Koordinator für die Terrorismusbekämpfung war ferner in starkem Maße an der Ausarbeitung des neuen Aktionsplans beteiligt.

15. Das weitere Vorgehen

Der Europäische Rat ersucht den nächsten Vorsitz, zusammen mit dem Generalsekretär/Hohen Vertreter Solana und dem Koordinator für die Terrorismusbekämpfung auf der Dezembertagung des Europäischen Rates über die Fortschritte bei der Umsetzung des Fahrplans des in Ratsdokument 10010/04 dargelegten EU-Aktionsplans Bericht zu erstatten.
